

Aus der Bahn?

Die Union nach der Berliner Wahl

Da es niemand voraussagte, wurde das Berliner Wahlergebnis zur Sensation. Daß eine Koalition abgelöst wurde, von der im Wahlkampf noch bis zu 80 Prozent der Berliner glaubten, sie würde die Wahl gewinnen, war wirklich Überraschung genug. Und daß die Republikaner, die bis in den Wahlkampf hinein vielen Berlinern so gut wie unbekannt waren, aus dem Stand auf 7,5 Prozent kommen würden, wer wollte das schon vermutet haben.

Projiziert man freilich das Ergebnis auf die Struktur der Berliner Bevölkerung und ihre Lebensverhältnisse, dann drückt es eher eine Normalität aus. Berlin ist nicht nur großstädtisches Inseldasein. Berlin stellt eine Bevölkerung, die auch als deutsche Bevölkerung – vom Ausländerproblem ganz abgesehen – ein sehr buntes Gemisch von sozialen Situationen und Lebensstilen bildet, wie es sonst keine deutsche Großstadt aufweist. In einer Bevölkerung mit sozialen Brennpunkten wie Kreuzberg und stark sozialdemokratischen Traditionen, die zunehmend vom Lebensstil neuer sozialer Bewegungen abgelöst werden, war die Vorherrschaft der CDU in den letzten Jahren eher die *erstaunliche Ausnahme*. Auch das Hochkommen der Republikaner als Sammelbecken für im weitesten Sinn national gesinnte Protestwähler aus dem frustrierten Kleinbürgertum, die sich am hohen Ausländeranteil reiben, ist so verwunderlich nicht. Eher überrascht schon, daß die Republikaner bei den Erstwählern beträchtlichen Zulauf hatten. Aber auch da dürfte der soziale Hintergrund einer politisch weithin freischwebenden Jugend eine Rolle gespielt haben.

Da das Ergebnis sozusagen aus heiterem Himmel kam, ist niemand erstaunt, wenn die großen Volksparteien – besonders gilt das für die Unionsparteien, die SPD kann sich mit dem Stimmenzuwachs von ca. 5 Prozent

einstweilen über ihre in Berlin ganz und gar nicht komfortable Situation hinweghelfen – in *Ratlosigkeit* verfallen. Dennoch fragt man sich, wie es um Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen in den demokratischen Parteien und speziell in den Unionsparteien bestellt sein muß, wenn man sich schon durch ein regionales Wahlergebnis so sehr aus der Bahn geworfen fühlt, daß man meint, Opportunismus als Standfestigkeit verkaufen zu sollen. In den Wochen nach der Berlinwahl hatten so manche in den Unionsparteien nichts Eiligeres zu tun, als neue Strategiedebatten zu fordern und die angepeilte Strategie durch Entgegenkommen gegenüber den Republikanern bereits vorwegzunehmen, anstatt die Herausforderung durch diese anzunehmen und die Hauptgründe zu klären, die den Republikanern Stimmen zugeführt hatten. Insbesondere die CSU, aber auch Teile der CDU, leisteten ein *Übersoll an Formulierung nationalkonservativer und kaum verdeckt fremdenfeindlicher Parolen*, um damit, wie sie meinten, den Republikanern das Wasser abzugraben. Gerade die CSU müßte gewarnt sein. Die bayerischen Landtagswahlen waren der Auftakt für die Republikaner. Die Straußsche CSU hatte damals alles getan, um durch die Übernahme nationalkonservativer Parolen den Republikanern Wind aus den Segeln zu nehmen und hatte sie damit erst hoffähig gemacht. Wenn die Unionsparteien nach Berlin wirklich mit sich zu Rate gehen wollen, dann werden sie zunächst einmal das Wahlergebnis in einem Punkt genau analysieren und bei der Frage ansetzen müssen, wie weit das politische Profil der Union – in dem Fall speziell in Berlin, aber nicht nur dort – und das Empfinden für die sozialen Bedürfnisse einer von sozialen Problemen verschiedenster Art umgetriebenen Bevölkerung auseinanderliegen. Wer arbeitslos ist, wer eine Wohnung sucht und keine findet, dem ist mit Hochglanzkultur, die eine Regierung beim wohlhabenden Bürgertum durchaus populär machen kann, nicht gedient. Dies scheint im Berliner Jubiläumstaukel der letzten zwei Jahre übersehen worden zu sein. Mit einer die ganze Partei einschlie-

ßenden Kurskorrektur in diesem Punkt dürften die Unionsparteien sehr viel mehr Wähler von rechts wie aus der Mitte zurückgewinnen als durch verharmlosende Anbiederung an radikal-nationale Elemente. Opportunistisches Einschwenken auf radikalnationale Parolen würde den Unionsparteien nicht nur keine Wähler wieder zuführen, sondern sie gerade den Stammwählern entfremden, die ihr Rückgrat bilden: die sozial und liberal orientierten christlichen. se

Protest

Zur „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen

Mit dem Echo konnten Verfasser und Unterzeichner zufrieden sein. Die „Kölner Erklärung“ deutschsprachiger Theologen „Wider die Entmündigung – für eine offene Katholizität“ (vgl. ds. Heft, S. 127) hat weit über den deutschen Sprachraum hinaus Beachtung gefunden. Sie hat sogar in anderen Ländern, z. B. in Spanien, wo die Leitung der Bischofskonferenz meinte, den Papst gegen die Kritik deutschsprachiger Theologen in Schutz nehmen zu müssen, zu öffentlichen Kontroversen geführt. Auch eine größere Zahl französischsprachiger Theologen stellte sich in einem knappen Schreiben an ihre Episkopate hinter *das Anliegen* der „Kölner“. Die beschwichtigende Erklärung des Vatikansprechers *Joachim Navarro Vals*, es handle sich bei der Stellungnahme um ein „lokales Ereignis“, war nicht lange zu halten. Dies zeigte sich schon daran, daß der Papst in einem Hintergrundgespräch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz sich nicht nur über die kirchliche Situation in der Bundesrepublik allgemein, sondern über die „Kölner Erklärung“ speziell informieren wollte.

Daß die Initiatoren trotz Unterschriftenaktion praktisch bis zur Sperrfrist dorthalten konnten, war eindrucksvoll – auch wenn dies letztlich mehr Nach- als Vorteile brachte. Das Gerücht, mehrere Unterzeichner hätten